

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**Ernährung im Blick behalten: Konsequenzen aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“**

Das gegenwärtige System unserer Nahrungsmittelversorgung, die industrielle Agrarwirtschaft, hat mehr denn je weitreichende Folgen – global wie lokal – für uns Menschen, für die Tiere, die Umwelt und das Klima. Ein Weitermachen wie bisher programmiert die nächsten Skandale: seien es Vogelgrippe, Pestizide im Biofuttermittel, resistente Keime etc. Und die Auswirkungen sind überall zu spüren – auch im Land Bremen, wo es keine großen Mastfabriken oder industrielle Landwirtschaft gibt. Deshalb muss der Blick kontinuierlich darauf gerichtet werden, wie die Qualität und die Beschaffung von Nahrungsmitteln in Bremen verbessert werden kann.

Im Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Krankenhauskeime“ (Drucksache 18/677) werden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

„Als eine zentrale Ursache für die Entstehung multiresistenter Keime wird die übermäßige Antibiotikavergabe in der Massentierhaltung angesehen. Der Senat wird deshalb aufgefordert, auf eine deutliche Reduzierung der Antibiotikavergabe in der Tierhaltung hinzuwirken und sich für eine Verschärfung der diesbezüglichen bundesgesetzlichen Regelungen einzusetzen. Die Verschreibung und der Verkauf tierärztlicher Medikamente sind voneinander zu trennen, das tierärztliche Dispensierrecht aufzuheben. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hält es darüber hinaus für begrüßenswert, wenn ein breiter Verzicht auf Lebensmittel aus konventioneller Massentierhaltung,[sic!] zu einem Umdenken und zu einer Verringerung der pauschalen Antibiotikaverabreichung führen würde.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

- 1) Welche Initiativen zur Reduzierung der Antibiotikavergabe in der Tierhaltung hat der Senat selbst ergriffen oder unterstützt?
- 2) Welche Initiativen zur Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen von Tieren, wie dies bei der Herkunft von Eiern bereits der Fall ist, hat der Senat selbst ergriffen oder unterstützt?
- 3) Welche weiteren Schritte sind aus Sicht des Senats nötig, um die Antibiotikavergabe in der Tierhaltung noch weiter zu reduzieren?

- 4) Wie bewertet der Senat Forderungen nach einer Abkehr von der Förderung der industriellen Landwirtschaft, nach der besseren Kontrolle des Antibiotikaeinsatzes und schärferen Sanktionen sowie nach der Reservierung bestimmter Antibiotikagruppen für die Humanmedizin, wie sie von der Initiative „Ärzte gegen Massentierhaltung“ erhoben wurden?

Jan Saffe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Matthias Guldner  
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN